» Seit seinem rasanten Aufstieg in den 1990er Jahren hat China einen enormen Machtzuwachs erfahren, sowohl ökonomisch, militärisch als auch politisch. Inzwischen ist das Riesenreich direkter Gegenspieler der USA auf der Weltbühne. Nun stellt sich die Systemfrage: Kann der liberale Westen gegen China bestehen? Ja, sagt Thomas Mayer, wenn der Westen seine eigenen Werte nicht verrät. «

USA vs. China

Wem gehört die Zukunft?

Thomas Mayer, Flossbach von Storch

Ende des 18. Jahrhunderts veröffentlichte der gelernte englische Pfarrer Thomas Malthus eine düstere Prognose. Die Bevölkerung vermehre sich entsprechend einer geometrischen Reihe, wachse also mit einer konstanten Rate. Dagegen steige die Produktion von Nahrungsmitteln gemäß einer arithmetischen Reihe, also mit abnehmender Wachstumsrate. Aufgrund dieser "Gesetzlichkeit" drohe eine immerwährende Überbevölkerung, die durch eine unendliche Reihe von Hungersnöten und Krankheiten korrigiert würde.

Malthus Theorie wurde durch die Entwicklung widerlegt. In der Zeit von 1960 bis 2018 stieg die Weltbevölkerung um 150% von drei auf 7,6 Milliarden Menschen. Nach der Theorie von Malthus hätte damit ein Rückgang des Einkommens pro Kopf verbunden sein sollen, da die neu hinzugekommenen Menschen immer weniger zusätzliches Einkommen erwirtschaften würden. Tatsächlich stieg aber das in Preisen von 2010 ausgedrückte globale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 3.758 US-Dollar im Jahr 1960 um 190% auf 10.882 US-Dollar im Jahr 2018. Die Produktivität der Menschen wuchs schneller als ihre Zahl.

Malthus hat sich getäuscht. Trotz Bevölkerungsanstieg ist der Wohlstand weltweit gewachsen.

Liberale Gesellschaft ist Basis von Wirtschaftswachstum

Friedrich von Hayek hat zu der These von der Verelendung durch Überbevölkerung von Thomas Malthus eine Gegenthese aufgestellt. Mit der Intensivierung des Handels und der Verbesserung der Techniken für Kommunikation und Transport steigt der Vorteil der Arbeitsteilung durch die Zunahme der Bevölkerung und die Dichte der Besiedlung. Dadurch wird eine immer tiefere Spezialisierung und Differenzierung der individuellen Wirtschaftsaktivitäten möglich.

Malthus ging davon aus, dass das wirtschaftliche Grenzprodukt des Menschen mit zunehmender Zahl gegen null geht. Hayek setzt dem entgegen, dass mit der Zahl auch die Diversität der Menschen steigt. Liberalismus, Globalismus und Technisierung haben ein enormes Wachstum hervorgerufen. Dadurch bleibt das wirtschaftliche Grenzprodukt jedes neuen an den Markt kommenden Menschen so hoch, dass die Produktivität (gemessen als Produktion pro Kopf) trotz wachsender Bevölkerungszahl steigt. Damit aber die Diversität der Menschen für die wirtschaftliche Entwicklung zum Zuge kommen kann, muss sich der Einzelne entsprechend seiner Fähigkeiten entfalten können.

Die freie und aufgeklärte Gesellschaft war die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg. Die Voraussetzung dafür schuf die Entstehung der liberalen Gesellschaftsordnung im Zeitalter der Aufklärung vor allem in England. Der höchste Wert in dieser Ordnung ist die Freiheit des Einzelnen. Damit individuelle Freiheit in der menschlichen Gemeinschaft möglich ist, müssen sich in der Gesellschaft Regeln entwickeln, die der Freiheit des Einen dort Grenzen setzen, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Dies gibt dem in der Gemeinschaft mit anderen lebenden Einzelnen die größtmögliche Freiheit zur Entfaltung seiner Fähigkeiten.

Zur Freiheit des Einzelnen gehört der Zwang somit untrennbar dazu. Er kann folglich nicht völlig vermieden werden, "weil die einzige Methode, ihn zu verhindern, die Androhung von Zwang ist." Dies ist in der freien Gesellschaft aber dem Staat vorbehalten, dem sie ein Monopol der Zwangsausübung in Fällen überträgt, in denen dies zur Vermeidung von Zwang durch private Personen erforderlich ist. Dadurch wird Zwang ein Werkzeug, das Individuen bei der Verfolgung eigener Ziele hilft und nicht zum Mittel anderer wird.

Gesellschaftliche Evolution durch Versuch und Irrtum

Freiheit schaffende Regeln sind abstrakt, von allgemeiner Natur und meist als Verbote formuliert. Wären sie konkret, spezifisch und als Gebote ausgedrückt, wären sie Bestandteil des Regelwerks der organisierten Gesellschaft oder des Stammes, die einen bestimmten Zweck verfolgen. Die Verpflichtung dort auf staatlich oder herrschaftlich verordnete, konkrete Gebote zur Erreichung dieses Zwecks ist mit dem Ziel der Freiheit für den Einzelnen aber unvereinbar.

Der aufgeklärte Mensch zieht seine Erkenntnis aus Versuch und Irrtum. Aus der Erkenntnistheorie von David Hume und Immanuel Kant folgt, dass Wissen nicht durch reine Vernunft, sondern in der Praxis durch Versuch und Irrtum wächst. Dieses Prinzip ist aber nicht auf die Entwicklung des Wissens beschränkt. Auch die Evolution von Lebewesen und die Regeln des gesellschaftlichen Umgangs im liberalen Rechtsstaat entwickeln sich durch Versuch und Irrtum weiter. Weder der Gesetzgeber noch der urteilende Richter erschaffen die gesellschaftlichen Re-

geln mit ihrem Verstand. Vielmehr spüren sie die im gesellschaftlichen Umgang entstandenen und über die Zeit bewährten Regeln auf und formulieren sie oder wenden sie auf konkrete Fragestellungen an.

Das Recht ist von einer Vielzahl von Menschen aus der Erfahrung gesellschaftlichen Zusammenlebens in einem evolutorischen Prozess erschaffen worden. Kein Einzelner hätte es erfinden können. Der Einzelne kann dieses Gesamtgebilde nur aufspüren. Die Komplexität des über die Zeit durch Versuch und Irrtum entstandenen gesamten Regelwerks der Gesellschaft übersteigt also die Fähigkeit eines einzelnen Verstands, es zu konstruieren. Deshalb ist es unsinnig, gesellschaftliche Utopien zu entwerfen (wie es unzählige große und kleine Denker getan haben), und es ist verbrecherisch, sie gewaltsam zu verwirklichen (wie es die großen Verbrecher unter den Politkern mit hohen Menschenopfern getan haben).

Ein liberales Rechtssystem ist elementarer Teil unseres Zusammenlebens.

Regierung unter dem Recht

Der liberale Rechtsstaat stellt höchste Ansprüche an die Mündigkeit der Bürger in einer Gesellschaft. Sie müssen sich darauf einigen können, dass die Freiheit des Einzelnen über der Durchsetzung der von einer Mehrheit in der Gesellschaft verfolgten Ziele steht, auch wenn diese Mehrheit demokratisch legitimiert ist. Schon die alten Griechen und Römer wussten, dass Regeln auch einer demokratisch gewählten Regierung Grenzen setzen müssen. Denn ohne diese Beschränkung würde der Unterschied zwischen der Demokratie und der Diktatur nur darin bestehen, dass in der Demokratie die Mehrheit statt einer Minderheit totale Macht ausübt.

Deshalb darf der liberale Rechtsstaat niemals seinen Bürgern von den Regierenden oder einflussreichen Interessenverbänden geprägte Vorstellungen aufzwingen. Denn wenn Zwang nur zur Durchsetzung allgemeiner Regeln ausgeübt werden darf, dann darf er nicht angewendet werden, um konkrete gesellschaftliche Ziele zu erreichen.

Aus dem populären Ziel, "soziale Gerechtigkeit" herzustellen, ergibt sich eine Bedrohung für den liberalen Rechtsstaat. Was "sozial gerecht" ist, kann nur von einem Machthaber oder einer Planungsbehörde definiert werden, die sich auf bestimmte Moralvorstellungen oder den Vorstellungen bestimmter Gruppen der Gesellschaft stützt. Der "Kampf um soziale Gerechtigkeit" wird dadurch zum Kampf um die Macht im Staat von organisierten Interessengruppen. Für Hayek war

Zwang darf in der liberalen Gesellschaft nur der Durchsetzung von Regeln dienen. das Konzept der sozialen Gerechtigkeit das Trojanische Pferd, in dem der Totalitarismus in den liberalen Rechtsstaat eindringt. Heute ist die planwirtschaftlich organisierte Klimapolitik ein neues Trojanisches Pferd dafür. Bei der Durchsetzung der von Interessengruppen den Regierenden aufgenötigten Klimazielen droht die individuelle Freiheit auf der Strecke zu bleiben.

Trotz alle Kritik am Liberalismus ist das Wohlstandswachstum enorm. Die liberale Wirtschaftsordnung hat die Menschheit nicht nur vor Malthusischen Hungerkatastrophen bewahrt, sondern ihr einen über lange Zeit unvorstellbaren Reichtum gebracht. Der verstorbene Wirtschaftshistoriker Angus Maddison hat den Anstieg des britischen realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf von Christi Geburt bis 1650, dem Beginn des Aufstiegs des Liberalismus, auf gut 50% taxiert. In den 360 Jahren danach stieg das reale BIP pro Kopf dann um rund 2.470%. Die britischen Liberalen trugen ihre Vorstellungen für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung nach Amerika und prägten die neuen Vereinigten Staaten. Dank ihrer liberalen Wirtschaftsordnung stiegen die USA nach Großbritannien zur Weltmacht unserer Zeit auf.

Die Aufholjagd Chinas

Unter dem Revolutionsführer Mao Tsedong war China zwar eine ernst zu nehmende regionale Militärmacht, aber auch ein bettelarmes Land. Im Jahr 1960 betrug das chinesische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Preisen von 2010 gerade einmal 192 US Dollar. Das entsprach rund einem Prozent des damaligen BIP pro Kopf in den USA. Im Jahr 2018 betrug das BIP pro Kopf 7.755 US Dollar, beinahe das Vierzigfache seines Niveaus von 1960 und rund 14% des amerikanischen BIP pro Kopf. Das gesamte Bruttoinlandsprodukt Chinas beträgt (zu Marktkursen umgerechnet) inzwischen rund 65% des US-BIP und ist ungefähr so groß wie das der ganzen Eurozone. Damit ist China in kurzer Zeit zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt geworden.

Den wirtschaftlichen Aufstieg verdankt China der Übernnahme liberaler Prinzipien. Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas und seine Einbindung in die von den westlichen Mächten dominierte globale Wirtschaftsordnung war die Folge der Übernahme liberaler Prinzipien in Wirtschaft und Gesellschaft in der Ära Deng Xiaoping, die Ende der 1970er Jahre begann.

Vermutlich werden künftige Historiker das Ende dieser Ära mit dem Amtsantritt Xi Jinpings im Jahr 2013 verbinden. Unter Xi begann China von den bis dahin geltenden liberalen Vorstellungen abzurücken. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Finanzkrise und deren Folgen in

der westlichen Welt. In China gewinnt zunehmend die Einschätzung an Gewicht, dass die westliche liberale Demokratie und mit ihr die liberale Wirtschaftsordnung auf dem Totenbett liegen. In viel größerem Umfang als der ungarische Premierminister Viktor Orban ist China dabei, eine Gesellschaftsordnung aufzubauen, für die der Begriff "illiberal" zu schwach erscheint. Wir nennen sie im Folgenden besser "antiliberal".

Xi Jinping kam Anfang 2013 als Hoffnungsträger für wirtschaftliche Reformen ins Amt. Durch die Liberalisierung des Finanzsektors sollte Druck zum Strukturwandel der Wirtschaft ausgeübt werden. Die politisch einflussreichen Staatsunternehmen sollten durch Entzug von Finanzmitteln geschrumpft werden, so dass die Investitionen effizienter und das Wirtschaftswachstum weniger abhängig vom Export würde. Ein in jeder Hinsicht besser ausgeglichenes Wachstum sollte für eine nachhaltigere Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft sorgen. Die Bekämpfung von Korruption sollte Recht und Gesetz stärken. China würde unter Xi "westlicher" werden. Soweit die Hoffnungen.

Xi's Weg vom liberalen Hoffnungsträger...

Anfangs fanden westliche Beobachter Xis Bekenntnis zum Marxismus eher irritierend als gefährlich. Spätestens seit dem 19. Parteikongress im Oktober 2017 musste man es jedoch ernst nehmen. Xi präsentierte sich als fest im maoistischen Marxismus verankerter Politiker. Er bekam den Titel "unentbehrlicher Führer" und darf nun ohne die von Deng eingeführte Begrenzung der Amtszeit über China herrschen. Seine Theorie eines "Sozialismus chinesischer Prägung im neuen Zeitalter" wurde in die Statuten der Partei aufgenommen. Nach Maos Lesart des dialektischen Materialismus vollzieht sich die politische Entwicklung durch Auflösung der die Wirklichkeit bestimmenden Hauptwidersprüche. Bei Mao bestand der Hauptwiderspruch im Klassengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat. Bei Deng Xiaoping besteht er im Gegensatz zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückschrittlichen Produktion und bei Xi nun im Gegensatz zwischen der "unausgewogenen und unadäquaten Entwicklung und dem wachsenden Verlangen des Volkes nach einem besseren Leben".

... zum antiliberalen Sozialisten.

Während bei Deng der Hauptwiderspruch dadurch aufgelöst wurde, dass es den Chinesen erlaubt wurde, sich privat zu bereichern und sich der Staat nach innen und außen zurücknahm, soll bei Xi die Auflösung durch Bekämpfung der sozialen Ungleichheit im Inneren und ein selbstbewusstes Auftreten des Staates nach außen erfolgen. Deshalb sollen staatliche Unternehmen groß und stark gemacht werden, so dass

aus ihnen "weltführende Unternehmen mit globaler Wettbewerbsfähigkeit" entstünden. Von der Schrumpfung des aufgeblähten Sektors der Staatsunternehmen ist nun keine Rede mehr. Stattdessen sollen sie mit staatlicher Planung ausgebaut werden. Die Größe des chinesischen Marktes soll dazu genutzt werden, die globale Industrie auf die technischen Standards Chinas zu verpflichten. Bei alternativen Antriebstechniken setzt China auf Elektromobilität und schreibt als Energiespeicher spezielle Batterien aus chinesischer Produktion vor. In der Telekommunikation will China die Standards für die neue 5G-Technologie setzen.

China gibt eine antiliberale Antwort

Aus dem Niedergang des Westens zieht man in Peking seine eigenen Schlüsse. Die chinesische Führung ist dabei, ihre eigene Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft zu geben. Angesichts des von ihr diagnostizierten Niedergangs des Westens fällt ihre Antwort dezidiert antiliberal aus. Sie will die Gesellschaft auf von ihr definierte strategische Ziele verpflichten und die dafür erforderliche gesellschaftliche Zusammenarbeit mit Hilfe neuer Technologien erzwingen. Dazu bedarf es umfassender Überwachung, Bewertung und Kontrolle des Verhaltens aller Gesellschaftsmitglieder. Die dazu notwendige Technologie bietet die elektronische Datenverarbeitung mit künstlicher Intelligenz. Daten über die Handlungen aller Individuen und Unternehmen in allen Lebens- und Geschäftsbereichen werden laufend erhoben, elektronisch ausgewertet und in einer sozialen Bewertungszahl (wie für die Kreditwürdigkeit von Schuldnern) zusammengefasst. Vergehen werden durch öffentliche Bloßstellung bestraft, gute soziale Bewertungen schlagen sich in eine vorteilhafte Behandlung durch staatliche Stellen nieder. Xi Jinpings Formel lautet: Erfolg = Konfuzianismus + Big Data + künstliche Intelligenz.

Die neue Realpolitik des 21. Jahrhunderts

Die drei Probleme des Westens Die liberale Gesellschaft steht heute vor drei großen Herausforderungen. Erstens hat die Finanzkrise von 2007-08 in den Herkunftsländern des Liberalismus eine gesellschaftliche und politische Vertrauenskrise ausgelöst. Der "Neoliberalismus" wird für die Misere verantwortlich gemacht, obwohl diese durch die Entkopplung von unternehmerischer Freiheit und Haftung in der Anfang der 1990er Jahre verfolgten Politik des "Dritten Wegs" zwischen Liberalismus und Sozialismus verursacht wurde. Die Rückkehr zum Sozialismus soll Erlösung bringen. Zweitens unterminiert die zunehmende Völkerwanderung aus anderen Kulturen die Fähigkeit, allgemein akzeptierte Regeln für das Zu-

sammenleben aufzustellen. Zuwanderern aus Kulturen, in denen die Religion den Anspruch erhebt, die absolute Wahrheit zu verkünden, können andere Überzeugungen oft nicht akzeptieren. Das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer, solange diese nicht andere berühren, ist aber die Grundlage für Freiheit in der liberalen Gesellschaft. Erlösung wird in illiberaler nationaler Abschottung oder Kulturrelativismus im grenzenlosen Wohlfahrtsstaat gesucht.

Die dritte und wahrscheinliche größte Herausforderung für den Westen ist der wirtschaftliche Aufstieg Chinas, dessen Führung an die Überlegenheit ihres Modells des lenkenden Wohlfahrtsstaats über die freiheitliche Ordnung des Westens glaubt. Da die Idee der individuellen Freiheit keine der westlichen Kultur vergleichbaren Wurzeln in der chinesischen Kultur hat, kann der chinesische Staat modernste Techniken zur Lenkung seiner Bürger einsetzen, die im Westen auf heftigen Widerstand stoßen würden.

Das chinesische System fordert den liberalen Westen heraus.

Unter der Führung von Präsident Donald Trump will die USA den Aufstieg Chinas mit einer eigenen nationalen Industrie- und Handelspolitik und militärischer Überlegenheit verhindern. Dafür ist Trump sogar bereit, die liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und die von seinen Vorgängern nach diesen Prinzipien im 20. Jahrhundert errichtete Weltordnung zu opfern.

Wer wird gewinnen?

Die hoch technisierte, antiliberale Gesellschaftsordnung Chinas stellt die ultimative Herausforderung für den klassischen Liberalismus des Westens dar. Dieser sieht die Quelle allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts in der Freiheit des Einzelnen und begreift den Markt als Koordinationsmechanismus individueller Entscheidungen. Seine Stärke soll in der Weisheit vieler statt weniger bestehen. Das chinesische Gesellschaftsmodell sieht die Quelle des Fortschritts in der Weisheit Weniger, die als Führung der Kommunistischen Partei den Weg weisen. Individuelle Entscheidungen sollen mittels inzwischen hoch entwickelter Technologie mit den Vorstellungen der Führung in Übereinstimmung gebracht werden.

Es ist durchaus möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, dass die chinesische Gesellschaftsordnung dem westlichen nationalen Sozialstaat und auch seinem Antipoden, dem grenzenlosen Wohlfahrtsstaat, überlegen ist. Ein technisch effektiv gelenkter chinesischer Wohlfahrtsstaat

Freiheit des Einzelnen vs. Weisheit der Wenigen ist einem ineffektiv gelenkten westlichen nationalen Sozialstaat oder grenzenlosen Wohlfahrtsstaat in jeder Hinsicht überlegen. Der an der Versorgung seiner Mündel ausgerichtete national-soziale Staat oder grenzenlose Wohlfahrtsstaat führt zum wirtschaftlichen und politischen Niedergang des Westens. Er erstickt die Wachstumskräfte durch politische Umverteilung, ist unfähig, sich gegen Zuwanderung aus bildungsfernen Kulturkreisen zu behaupten und hat den Klimaschutz zu einer Ersatzreligion erhoben.

Der Westen wird gegen China bestehen, wenn er liberal bleibt. Andererseits ist es aber recht unwahrscheinlich, dass die Weisheit Weniger der Weisheit Vieler überlegen ist, die ihre freien Handlungen über den Markt koordinieren. Wenn Eliten von Eliten als Herrscher über die Massen bestimmt werden, wie es das chinesische Modell vorsieht, dann verengt sich das gesellschaftliche Wissen. Der langfristig immer wieder durch Versuch und Irrtum vorangetriebene Fortschritt wird dauerhaft gehemmt, da in der von Eliten geführten Gesellschaft die Bereitschaft zur Korrektur von Irrtümern geringer ist als in der Gesellschaft freier Individuen.

Der Westen kann die chinesische Herausforderung annehmen, aber nur, wenn er sich auf seine klassisch-liberalen Wurzeln besinnt. Er sollte sich jedoch in das Schicksal seines Niedergangs fügen, wenn er den eingeschlagenen Gang zum nationalen Sozialstaat oder grenzenlosen Wohlfahrtsstaats fortsetzt.